

10

**AG Migration und Vielfalt (Vorstand)****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Runder Tisch für Dialog und gegen Antisemitismus**

1 Wir können in Berlin nicht den Nahost-  
2 Konflikt lösen. Wir wollen und müssen aber in  
3 der aktuellen Situation den sozialen Frieden  
4 stärken und dafür ein Zeichen der Verständi-  
5 gung setzen. Die Stadt Berlin soll einen Run-  
6 den Tisch für einen wiederkehrenden Dialog  
7 zwischen Vertreter:innen aus den jüdischen,  
8 israelischen und palästinensischen Commu-  
9 nities einrichten. Ziel soll sein, einen demo-  
10 kratischen Rahmen für Verständigung zu bie-  
11 ten, indem die verschiedenen Seiten gehört  
12 werden können und Antisemitismus gemein-  
13 sam begegnet werden kann. Eine angemesse-  
14 ne Beteiligung aller Geschlechter ist für uns  
15 selbstverständlich.

16 Der runde Tisch ersetzt nicht die ebenfalls er-  
17 forderlichen Maßnahmen in allen Politikfel-  
18 dern. Dazu gehören neben einer konsequen-  
19 ten Strafverfolgung von antisemitischer Het-  
20 ze auch der Ausbau und Weiterentwicklung  
21 von bildungs- und jugendpolitischen Maß-  
22 nahmen, um Begegnungen und ein friedli-  
23 ches Miteinander in unserer Stadt zu fördern  
24 und nachhaltig zu entwickeln.

25

**26 Begründung**

27 Am 7. Oktober 2023 beging die Terrororga-  
28 nisation Hamas das schlimmste Massaker  
29 an jüdischen Menschen seit dem Holocaust,  
30 dem deutschen Völkermord an den euro-  
31 päischen Jüdinnen und Juden. Umso bedrü-  
32 ckender ist, dass sich jüdischen und israeli-  
33 sche Menschen angesichts des aufflammenden  
34 Antisemitismus insbesondere in den ara-  
35 bischstämmigen Gemeinden zunehmend un-  
36 sicher fühlen. Das ist inakzeptabel und darf  
37 genau wie jedwede Unterstützung für die  
38 Hamas keinen Platz in unserer Stadt ha-  
39 ben. Der Staat und die Gesellschaft müs-  
40 sen handeln. Zu dem Schmerz und der Trau-

**Empfehlung der Antragskommission  
Erledigt (Konsens)**

41 er über den Hamas-Terror, mischt sich in-  
42 nerhalb der palästinensischen Community  
43 in Berlin zunehmend der Schmerz und die  
44 Trauer über die Folgen der Antwort des is-  
45 raelischen Militärs. Viele haben Angehörige  
46 oder Freund:innen im Gaza-Streifen. Doch ei-  
47 ne Reihe pro-palästinensischen Kundgebun-  
48 gen wurden polizeilich untersagt und etwa  
49 das Tragen von Symbolen wie dem Palästi-  
50 nenserschal im öffentlichen Raum zumindest  
51 geächtet. Viele Betroffenen fühlen sich unter  
52 Generalverdacht gestellt und in ihren Grund-  
53 rechten betroffen, und zwar auch denjeni-  
54 gen, die die Hamas ablehnen und Israels Exis-  
55 tenzrecht anerkennen. Sie haben im öffentli-  
56 chen Raum kaum eine Stimme, was zu einem  
57 Vertrauensverlust in die deutsche Demokra-  
58 tie führen kann. Auch hier müssen Staat und  
59 Gesellschaft handeln.

60 Die Antwort von Demokrat:innen darf jedoch  
61 nicht „weniger Demokratie“ lauten, sondern  
62 mehr Demokratie! Das bedeutet auch einen  
63 Raum für Dialog bereitzustellen, indem zwi-  
64 schen den Betroffenen Perspektiven für ein  
65 friedliches Nebeneinander und Miteinander  
66 entstehen können.